

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 59 (1967)
Heft: 6

Artikel: Politik und Wirtschaft
Autor: Müller, Oscar
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354286>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politik und Wirtschaft

Politik entscheidet das Schicksal der Wirtschaft

Die Wirtschaft umfaßt alle Vorkehren und Handlungen der Menschen, durch die sie ihre Versorgung sicherstellen wollen. Mit den stets knappen Mitteln soll eine möglichst reichliche und gute Versorgung erreicht werden. Wirtschaft zielt auf Bedarfsdeckung. Wirtschaft ist Unterhaltssicherung. Aufgabe der Wirtschaft ist, das Volk mit all dem zu versorgen, was es zur Erhaltung seines Daseins und zu einer menschenwürdigen Lebensführung nötig hat.

Soll nun dieses Ziel erreicht werden, dann muß der Wirtschaftsaufbau auf die eine oder andere Art geregelt werden. Es stellt sich das Problem der Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftsordnung. Es muß die Wahl dieses oder jenes Wirtschaftssystems getroffen werden. Und manche Wirtschaftssysteme, eventuell auch deren Kombination, bieten sich an: mittelalterliche Zunftwirtschaft, der Merkantilismus des Absolutismus, liberalkapitalistische, neoliberale oder soziale Marktwirtschaft, die Konkurrenzwirtschaft des freiheitlichen Sozialismus, Wirtschaft des Korporationsstaates, kommunistische Zentralverwaltungswirtschaft usw. Es stellen sich auch praktische wirtschaftspolitische Probleme: Welche Methoden garantieren einen stabilen Geldwert, Vollbeschäftigung und gutes Wirtschaftswachstum? Welche Wirtschaftspolitik begünstigt ein großes und zweckmäßig zusammengesetztes Sozialprodukt sowie dessen gerechte Verteilung? Welchen wirtschaftspolitischen Zielen gebührt jeweils der Vorrang? Wie und wo hat der Staat zu intervenieren? Welche Zoll- und Subventionspolitik muß er befolgen? Wieweit ist der Schutz der Landwirtschaft angebracht? Zahllos sind die Probleme der Wirtschaft, der privaten, verbandlichen, gewerkschaftlichen, staatlichen und heute auch internationalen Wirtschaftspolitik.

Durch wen und wie kommt es nun jeweils zum praktischen Entscheid in den mannigfachen wirtschaftlichen Problemen? Auf diese Frage ist zu antworten: Wirtschaftsfragen werden nicht allein durch wirtschaftliche Überlegungen entschieden, sondern mehr und mehr durch politische. Das Wirtschaftsleben ist ein Teil des politischen Lebens. Die ersten Entscheide über wirtschaftspolitische Ziele und Methoden fallen in den Demokratien in den Parteiprogrammen, in den Plänen der Interessenverbände und Unternehmen. Die endgültigen Entscheide erfolgen durch Parlaments- und Regierungsbeschlüsse, in totalitären Staaten aber allein durch die Einheitspartei und die Regierung. Träger der Wirtschaftspolitik sind Staat, Gemeinden, öffentlich-rechtliche Körperschaften, Parteien, Staatsbürger, Wirtschaftsverbände, internationale Organisationen, und diese Träger entscheiden gemäß ihrer Ideologien, gesellschafts- und staatspolitischen Auffassungen. Politische Voraussetzungen, Staats-

verfassung, gesellschaftliche Machtverhältnisse, politische, sozial-ethische und weltanschauliche Vorstellungen darüber, was menschenwürdig ist und wie sich das Zusammenleben in Staat und Gesellschaft vollziehen soll, sind vor allem für die Wirtschaftsordnung und den Wirtschaftsablauf entscheidend. Staats- und gesellschaftspolitische Auffassungen und Ziele bestimmen primär die wirtschaftliche Theorie und Praxis. Und alles Wirtschaften dient heute nicht nur der Bedarfsdeckung des Volkes, es ist gleichzeitig Mittel, um die Struktur von Staat und Gesellschaft zu bestimmen und zu verändern.

Läßt sich nun auch beweisen, daß das Schicksal der Wirtschaft durch die Politik entschieden wird? Werfen wir einen flüchtigen Blick auf die Geschichte der letzten 200 Jahre.

Libérale Ideologie und Wirtschaft

In der Politik geht es um das öffentliche Leben, um die Gestaltung des Zusammenlebens der Bürger in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Und die Politik wird immer durch die Interessen, Ideologien, Weltanschauungen und Auffassungen über Staat und Gesellschaft der Politiker und des Staatsvolkes bestimmt.

Nach der Französischen Revolution beherrschte mehr und mehr die liberale Ideologie die Staatsmänner und viele Schichten des Staatsvolkes. Die Völker sehnten sich nach Freiheit, nach Befreiung von der absolutistischen Herrschaft des Feudalstaates. Hatte nun der absolutistische Feudalstaat die Ansprüche der Staatsgewalt nach innen und nach außen maßlos übersteigert, so geriet der Liberalismus als Gegenbewegung zum Absolutismus in das entgegengesetzte Extrem. Er betonte maßlos die Freiheit, die Ansprüche, persönliche Initiative und Eigenleistung, Interessen und Rechte des Einzelnen. Der These der Staatsallmacht setzte der Liberalismus die These des Staatsminimalismus entgegen. Er erwartete die vollkommenste Ordnung von Staat und Gesellschaft von der möglichst ungebundenen Freiheit aller. Je ungehinderter, frei von allen staatlichen, kirchlichen, moralischen und traditionellen Bindungen der Einzelne sein Interesse verfolgen könne, desto besser für alle. Wenn jeder möglichst frei seines Glückes Schmied sei, dann regelt sich alles bestens zum Wohle aller von selber.

Aus der liberalen Gesellschaftsideologie und Staatspolitik ergab sich die liberalkapitalistische Wirtschaft. Sowohl innerhalb der Volkswirtschaft wie für den internationalen Handel wurde die völlige Freiheit der Verkehrsbeziehungen und Tauschbeziehungen gefordert. Der Staat habe in der Wirtschaft nichts zu suchen. Staatseingriffe seien Knebelung der Wirtschaft. Nur unbedingte Freiheit garantiere die höchste Produktivität der Wirtschaft. «Die Ordnung der Produktion und Verteilung, die Lenkung des Wirtschaftsprozesses ist Selbstordnung, Automatik des freien Spiels der Initiative der Einzel-

wirtschaftler in einer völlig freien Marktmechanik. Motor ist das individuelle Gewinnstreben, welches die private Initiative auslöst, das tragende Ordnungsprinzip des liberalen Schemas, mit der Entsprechung ökonomischer Selbstverantwortlichkeit des Individuums. Da die ‚unsichtbare Hand‘ durch den Wettbewerb der Einzelinteressen der Wirtschaftssubjekte ‚natürliche Ordnung‘ wie auch die besten Erfolge der Wirtschaft sichert, so muß der Staat sich jeglicher Intervention enthalten. Traggrund ist der optimistische Harmoniegläubige: die konsequente Verfolgung des Einzelinteresses erfülle auch die Erfüllung des Gemeininteresses.» (Clemens Bauer, Artikel Liberalismus, in Staatslexikon, Bd. 5, Sp. 376, Verlag Herder, Freiburg i. Br., 1960.)

Wie die liberalkapitalistische Wirtschaft dem Gemeinwohl gedient hat, das ist bekannt. Die liberale Wirtschaft führte zur Konzentration des Privateigentums in wenigen Händen, zur Selbstaufhebung des Wettbewerbs im Monopolkapitalismus und Kartellwesen. Eine große Zahl von Menschen ist von einer kleinen Minderheit von Privateigentümern wirtschaftlich abhängig. Die Verteilung des Volkseinkommens und Sozialproduktes erfolgt vor allem zugunsten der Unternehmer und Besitzenden. Die Wirtschaft und ihre Interessenorganisationen sind zum Staat im Staat geworden. Dank des liberalen Staatsminimalismus und des Kampfes der Interessenorganisationen um den Einfluß den auf Staat ist die Wirtschaft zur zentralen Lebensmacht aufgestiegen. Sie beeinflußt über Gebühr alle Lebensbereiche. Sie diktiert die Wertmaßstäbe und Leitbilder des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens.

Kommunistische Ideologie und Wirtschaft

Ein anderes Beispiel dafür, wie durch Politik und politische Ideologie das Schicksal der Wirtschaft bestimmt wird, ist der Kommunismus. Im Gegensatz und als Gegenbewegung zum Liberalismus sind dem Kommunismus Staat und Gesellschaft alles, der Einzelne nichts. Der Mensch ist das Produkt der Gesellschaft. Freiheit ist dem Kommunismus das Freisein des Staates und der Staatspartei von allen sittlichen Bindungen und von allen Verpflichtungen gegenüber dem Einzelnen. Nach kommunistischer Auffassung ist das Privateigentum die Ursache von jedem Übel, vom Elend und vom Verbrechen. Sittlich ist, was dem Staate und der Staatspartei nützt. Der Staat ist die Quelle des Rechts, und Recht ist, was dem Staate nützt. Die Würde des Menschen ist keine Quelle vorstaatlicher persönlicher Rechte und Freiheiten, die der Staat anzuerkennen und zu schützen hätte. Der Staat bestimmt die Weltanschauung, die Lebensauffassung, das Gewissen, das Denken und die Lebensführung des Menschen. Die totale Vergesellschaftung des Menschen ist das Ziel des Kommunismus. Das Lebensziel des Menschen haben die Interessen des

Staates, der Staatspartei und des Kollektivs zu sein. Dem Kollektiv soll das persönliche Lebensglück vollständig untergeordnet werden. Alle persönlichen und sozialen Lebensbereiche werden staatlicher Regelung und Kontrolle unterworfen und haben im Dienste des Staates und seiner Partei zu stehen.

Der kommunistischen politischen Ideologie entspricht nun die Wirtschaft im kommunistischen Staate. Sind Kollektiv, Staat und Staatspartei alles, ist der Einzelne nichts, dann zieht der Staat auch die ganze Wirtschaft an sich und schaltet den freien Markt und das Privateigentum an den Produktionsmitteln aus. Eigentumsmacht und Staatsmacht verschmelzen. Der Staat wird der einzige Arbeitgeber und Anbieter auf dem Markt. Der Staat plant die gesamte Wirtschaft. Gewerkschaften und Betriebe werden Teile und Ausführungsorgane des Staates. Die staatliche zentrale Planung bestimmt das Ausmaß und die Art der Investitionen, und auch die Herstellung der Konsumgüter richtet sich nicht nach der Nachfrage der Konsumenten, sondern nach der Planung und dem Willen des Staates. Die Freiheit der Konsumwahl, der Berufswahl und des Arbeitsplatzes hängen ganz von der Willkür der Behörden ab. Die Preise werden willkürlich festgesetzt, nicht durch Angebot und Nachfrage. Die Verluste allfälliger Fehlplanungen können ohne weiteres auf die Konsumentenpreise abgewälzt werden. Die Wirtschaft steht vor allem im Dienste des Staates, seiner imperialistischen Machtpolitik, seiner militärischen Rüstungen. Forciert wird deshalb die Schwer- und Rüstungsindustrie auf Kosten der Konsumgüterindustrien. Das individuelle Gewinnstreben und das persönliche Interesse werden ersetzt durch Zwang, Sollvorschriften, strenge Arbeitskontrollen, Prämien, politische Auszeichnungen, Zuckerbrot und Peitsche.

Schlußfolgerung

Liberal kapitalismus und Kommunismus zeigen uns also eindringlich: Jede Wirtschaftsordnung ist immer die Konkretisierung einer gesellschafts- und staatspolitischen Konzeption. Anhand anderer gesellschaftlicher Ordnungssysteme, wie Faschismus, Nationalsozialismus usw., könnte das weiter gezeigt werden. Das Schicksal der Wirtschaft wird also durch die Politik entschieden. Falsche politische Ideologien, ihr Einfluß auf die Lebensführung, auf die staatliche und rechtliche Ordnung und kulturellen Verhältnisse führen zu unmenschlichen Wirtschaftsverhältnissen. Eine gesunde Wirtschaftsordnung, die dem Menschen wirklich dient, setzt deshalb eine gesunde, vom Wohl des Menschen, von der richtig erkannten personalsozialen Natur des Menschen ausgehende Politik voraus. Es stellt sich deshalb die Frage: Welche politischen Grundsätze führen zu einer gesunden und gerechten Wirtschaftsordnung?

Einige politische Grundsätze für eine gerechte Wirtschaftsordnung

Die gesellschafts- und staatspolitischen Leitsätze für eine gerechte Wirtschaftsordnung zu entwickeln und zu begründen ist die Aufgabe der Sozialethik und kann nur im Rahmen eines größeren Werkes über Sozialethik erfolgen. Aber wir wollen versuchen, skizzenhaft einige Grundsätze zu beleuchten und darzustellen, die dem Staats-, Wirtschafts- und Sozialpolitiker als Leitbilder dienen sollten.

Die Wirtschaft ist heute sozusagen die herrschende zentrale Lebensmacht geworden und diktiert allen übrigen Lebensbereichen ihre Gesetze, ihre Wertmaßstäbe, ihre leitenden Begriffe und Vorstellungen: Rationalität, Rechenhaftigkeit, Gewinn, Erfolg, Ausdehnung von Unternehmen, Einfluß und Macht, gesellschaftliche Geltung, Ansehen, Reichtum, Lebensgenuß. Die Wirtschaft ist beinahe zum Mittelpunkt des sozialen, kulturellen und staatlichen Lebens geworden. Das ist aber eine Umkehrung und Verfälschung der wahren Wertordnung. Die Wirtschaft hat sich in erster Linie nach dem inmitten der Gesellschaft lebenden Menschen zu richten und hat seiner sittlichen, kulturellen, personalen und sozialen Entfaltung sowie der Bedarfsdeckung des Volkes zu dienen. Die Wirtschaft ist nicht Selbstzweck, sondern dienendes Instrument in einer gesunden Gesellschafts- und Staatsordnung. Das Verdienen ist dem Dienen untergeordnet. Der Beruf ist nicht nur Gelderwerb, sondern zuerst soziale Dienstleistung, Dienst am Mitmenschen. Die Wirtschaft ist nicht die Gesamtgesellschaft, sondern Teil der Gesellschaft, und der Aufbau der Wirtschaft ist grundsätzlich vom Aufbau einer gesunden sozialen Ordnung und der Bedarfsdeckung des Volkes und einer gerechten Verteilung des Sozialproduktes her zu bestimmen.

Ebenso ist nicht die Wirtschaft und sind weder private oder staatliche Wirtschaftsinteressen die Quelle der sittlichen Ordnung, sondern die Wirtschaft hat sich nach der sittlichen Ordnung zu richten, die vor und über der Wirtschaft liegt. Die Gefahr des Kollektivismus und der staatlichen Allmacht erwächst gerade aus der Tatsache, daß die private Wirtschaft und ihre Interessen zum letzten und höchsten Maßstab in der westlichen Kultur geworden sind. Gebricht es der Wirtschaft am nötigen Verantwortungsbewußtsein fürs Ganze und kommt es deswegen zu krassen sozialen Mißständen und Spannungen, zu krassen Unterschieden zwischen Reich und Arm, zur Ausbeutung einer Gesellschaftsgruppe durch die Besitzenden, dann wird die Zeit reif für den revolutionären Umsturz, für die kollektivistisch-totalitäre Diktatur: Faschismus, Nationalsozialismus, Kommunismus, Diktaturen in den Entwicklungsländern.

Dann ist der liberale Grundsatz falsch, das Gemeinwohl werde am besten und vor allem sichergestellt durch die Automatik des freifunktionierenden Marktes. Die wirtschaftspolitische Aufgabe des Staates bestehe vor allem darin, die freie Preisbildung und den fairen

Wettbewerb gegen private Monopole zu schützen und die Kartellwirtschaft auszuschalten. Gewiß haben freier Markt und Wettbewerb in der Wirtschaft eine wichtige, ja unersetzliche Aufgabe zu erfüllen. Die Kartellgesetzgebung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht und die Ausschaltung des freien Wettbewerbes ist wahrhaftig nicht überflüssig. Aber vom freien Markt und Wettbewerb in erster Linie oder gar allein die Verwirklichung der allgemeinen Wohlfahrt und die gerechte Verteilung des Sozialproduktes zu erwarten, das ist utopisch. Es ist Edgar Nawroth zuzustimmen, wenn er schreibt:

«Der Vorschlag der Neoliberalen, die inhaltliche Festlegung des volkswirtschaftlichen Gesamtinteresses der angeblich objektiven, unbestechlichen Instanz des funktionsfähigen Marktes, bzw. der durch die Nachfrage und das ausgegebene Geld der Konsumenten ständig in Gang gehaltenen ‚Volksabstimmung‘ über das, was gewünscht wird, zu überlassen, hat nur Aussicht auf situationsbedingte Teilerfolge. Hier werden die Grenzen gezogen durch mangelnde Funktionsfähigkeit des heute weitgehend vermachteten, unüberschaubar und durch die hohen fixen Produktionskosten schwerfällig gewordenen Marktes; durch die Tatsache, daß nur die Kaufkräftigen und Marktaktiven mitinterpretieren können; endlich durch die Gefahr, daß auf dem Markte nachgefragte, aber gemeinwohlrelevante Leistungen unterbewertet werden, bzw. hinter der kurzfristigen Konsumorientierung zurückstehen müssen.» (Philosophische Grundlagen ganzheitlich-integrierender Gesellschaftspolitik, in: ‚Neue Ordnung‘, Heft 1/1967, S. 27.)

Es kann deshalb auch nicht der liberalen These zugestimmt werden, im Grunde genommen könne der Markt allein durch seine immanente, unbestechliche Sachgerechtigkeit den Gruppeninteressen und verbandlichen Machtkämpfen in der pluralistischen Gesellschaft Schranken setzen und Einhalt gebieten. Wald- und Landwirtschaft, Wohnungs- und Liegenschaftenmarkt nach Kriegszeiten und bei übergroßer Bevölkerungsdichte – namentlich in Kultur- und Wirtschaftszentren, Verkehrs- und Gesundheitswesen, Konjunkturschwankungen und Währung, Kriegs- und Notzeiten, eine breite Streuung des Privateigentums verlangen die gezielte Staatsintervention, Gebot, Verbot und Verordnung und können nicht einfach dem freien Spiel der Marktkräfte und Sonderinteressen überlassen werden. Geordnete Wirtschaft ist mehr als Marktmechanik. Sie ist die gesellschaftswirtschaftliche Kooperation aller Einzelwirtschaften durch das wirtschaftliche Zusammenwirken von Staat und Wirtschaft, wobei es Aufgabe des Staates ist, der Privatinitiative Rahmen und Ziel zu setzen. Eine geordnete Wirtschaft ist notwendig auf das Zusammenwirken von Privatinitiative der Einzelnen und umfassende Staats-tätigkeit angewiesen.

Dann hat sich der Politiker von einem gesunden Freiheitsbegriff leiten zu lassen. Mit Freiheit allein – und indem man sie überall in den Mittelpunkt stellt und zum Kernpunkt der sozialen Frage und der Kultur macht – kann man keine gesunde Staats- und Wirtschafts-

politik betreiben. Die liberale Überschätzung der Freiheit führt dazu, daß die staatliche Intervention auch dort abgelehnt wird, wo sie nun einmal zum Schutze von Sittlichkeit und öffentlicher Ordnung sowie zum Schutz der wirtschaftlich Schwachen unbedingt nötig ist. Denken wir nur an das Bodenproblem und den heutigen Wohnungsmarkt, an das Abreißen noch guterhaltener Häuser in Zeiten des großen Wohnungsmangels, nur weil Neubauten eine bessere private Rendite versprechen. Die am Gemeinwohl orientierte Rechtsordnung ist nicht Beschränkung und Fessel, sondern Geburtsstunde und Schutz der Freiheit. Jeder Politiker sollte sich von den Worten Heinrich Peschs leiten lassen:

«Die Freiheit ist Bestandteil der Volkswohlfahrt. Alle Freiheit, die mit der Volkswohlfahrt vereinbar ist, muß darum gewahrt bleiben. Aber die Freiheit als solche ist niemals Prinzip der Ordnung. Sie bedarf selbst der Ordnung und Regelung, wenn sie nicht zur Willkür werden soll.»

Äußerst wichtig für die rechte Ordnung der Wirtschaft durch die Politik ist eine gesunde Auffassung vom Privateigentum. Das Gemeinwohl steht über dem Recht auf Privateigentum. Die Güter der Erde sind für alle Menschen da. Dem fundamentalen Recht des Menschen, menschenwürdig zu leben und das zu finden, was er nötig hat, ist das Recht auf Privateigentum untergeordnet. Das Privateigentum ist kein bedingungsloses und absolutes Recht und darf deshalb niemals zum Schaden des Gemeinwohles genutzt werden. Das Gemeinwohl verlangt daher manchmal eine sehr starke Einschränkung des Privateigentumsrechtes, manchmal sogar Enteignung, wenn ein Privatbesitz der allgemeinen Wohlfahrt hemmend im Wege steht. (Vgl. Rundschreiben von Papst Paul VI.: «Der Fortschritt der Völker».) Wie stände es um den heutigen Wohnungsmarkt und um die heutigen Bodenpreise in der Schweiz, wenn solche Grundsätze unsere Boden- und Wirtschaftspolitik leiten würden!

Ganz entscheidend ist, wie Ziel und Wesen der Politik gesehen werden. Die Hauptaufgabe der Politik ist die sittliche, kulturelle und materielle Wohlfahrt aller und die Gestaltung des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens unter ständiger Orientierung am Gemeinwohl, aber auch an der Würde und den Grundrechten der Staatsbürger: Niederlassungs-, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Berufswahl, des Arbeitsplatzes, des Konsums usw. Der Politiker hat also immer sowohl das Wohl des Ganzen als auch der Einzelnen im Auge zu behalten. Das Gemeinwohl – die oberste Norm der Politik – bedeutet sowohl Wohlfahrt des Ganzen, des Staates, der Gesellschaft als auch der Einzelnen und verschiedenen kleinen Gemeinschaften, der Familie.

«Nach seiner institutionellen Seite hin erweist sich das Gemeinwohl als Inbegriff aller gesellschaftlichen Voraussetzungen und Einrichtungen öffentlicher Art, die

geeignet sind, allen Gesellschaftsgliedern unter Einschluß ihrer Bereitwilligkeit und Eigentätigkeit die vollmenschliche Entfaltung und Verwirklichung der persönlichen Wohlfahrt zu ermöglichen.» (Edgar Nawroth, a. a. O., S. 25.)

Versorgungsstaat, Aufsaugung des Einzelnen durch Staat und Kollektiv, Ausschaltung persönlicher Verantwortung und Initiative wären also eine Verfälschung des Gemeinwohles. Die kommunistische Plan- und Zentralverwaltungswirtschaft, die alle private wirtschaftliche Eigenständigkeit und Initiative, auch jedes Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer, ausschaltet, ist die totale Verfälschung des Gemeinwohles. Zum recht verstandenen Gemeinwohl gehört die nach sozialen Gesichtspunkten gelenkte Marktwirtschaft und Privateigentumsordnung.

Dann verlangt das Gemeinwohl den Ausgleich einander widerstreitender Sonderinteressen, die Integration der Sonderinteressen ins Gesamtinteresse. Jedes Staatswesen, in dem diese Grundsätze kraß mißachtet werden, endet in Anarchie. Dem Materialismus und Individualismus einseitigen Wohlstandsdenkens der Einzelnen und verschiedenen Wirtschaftsgruppen muß stets das Gesamtinteresse entgegengestellt werden. Immer wieder ist es Pflicht des Politikers, allen ihre Verantwortung fürs Ganze in Erinnerung zu rufen. Eine stabile staatliche und wirtschaftliche Ordnung ergibt sich nur aus der Einordnung der Sonderinteressen unter die Sachnotwendigkeiten des Ganzen und aus einer Politik, die Gerechtigkeit und Wohlfahrt für alle, auch für die wirtschaftlich Schwachen, für die Kranken, Gebrechlichen, für die alten Menschen und für die Familie mit Kindern anstrebt. Kommt eine Gesellschaft nie über den Interessenpluralismus hinaus, bleibt sie im Tauziehen zwischen absolut gesetzten Interessen stecken, dann treibt sie die Wirtschaft in Krisenzustände hinein. Wohl lassen sich wirtschaftlich Interessengegensätze nie aus der Welt schaffen, aber sie sollten stets überhöht und entschärft werden durch das bewußte und ehrliche Streben nach dem Gemeinwohl und der sozialen Gerechtigkeit. Ob und wie das in der Politik geschieht, entscheidet das Schicksal der Wirtschaft. Die heutige schleichende Inflation zeigt das drastisch. Sie ist das Ergebnis unbewältigter, absolut gesetzter Interessen und des Fehlens verständiger Zusammenarbeit, fehlender gesetzlicher Befugnisse des Staates in der Geld- und Währungspolitik sowie des sturen Widerstandes der Arbeitgeber gegen eine gerechtere Verteilung des Sozialproduktes. Oberster Grundsatz jeder Politik sollte sein:

«Beim Gebrauch einer jeden Freiheit ist das sittliche Prinzip der personalen und sozialen Verantwortung zu beobachten: Die einzelnen Menschen und sozialen Gruppen sind bei der Ausübung ihrer Rechte durch das Sittengesetz verpflichtet, sowohl die Rechte der andern wie auch die eigenen Pflichten den andern und dem Gemeinwohl gegenüber zu beachten. Allen Menschen gegenüber muß man Gerechtigkeit und Menschlichkeit walten lassen.» (Art. 7, in: «Erklärung über die Religionsfreiheit des Zweiten Vatikanischen Konzils».)

Politik und Wirtschaftswissenschaften

Die Politik entscheidet das Schicksal der Wirtschaft. Soll das so geschehen, daß die Wohlfahrt aller erreicht wird, dann hat der Politiker zu beachten, daß wirtschaftliche Zusammenhänge bestehen, die nicht vernachlässigt werden können, ohne daß sich unerwünschte Rückwirkungen geltend machen. In der Politik muß deshalb immer die Natur der Wirtschaft beachtet werden sowie die Tatsache, daß die Wirtschaft einen großen rückwirkenden Einfluß auf die Politik ausübt. Konzentration des Eigentums in wenigen privaten Händen bringt die demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung zu Fall: Große öffentliche Aufgaben, wie zum Beispiel Gewässerschutz, Ausbau des Bildungswesens, verlangen nun einmal Konsumverzicht zugunsten von Steuern; erreichen aber die Steuern eine Höhe, die jede private Initiative entmutigt, dann tötet die Politik die Henne, die goldene Eier legt. Die Sozialpolitik setzt eine ertragreiche und leistungswillige Wirtschaft voraus, und Leistung kann man nun einmal nicht nur vom Idealismus erwarten. Die Politik soll das Gewinnstreben, den unersetzlichen Antriebsmotor der Wirtschaft, zügeln, aber nicht lähmen. Und man kann die Inflation nicht bekämpfen, wenn man die Zusammenhänge zwischen Sparen und Investieren, Geldstrom und Warenstrom, den wirtschaftlichen Kreislauf nicht kennt. Es ist deshalb dringend davor zu warnen, staats-, sozial- und wirtschaftspolitische Fragen einseitig juristisch, ohne gründliche wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse, ohne Berücksichtigung der Natur der Wirtschaft lösen und regeln zu wollen. Nur die Überprüfung der Politik und ihrer Ziele durch die Wirtschaftswissenschaften schützt vor Mißerfolg und Enttäuschungen. Kennt der Politiker die Wirtschaft nicht, mißachtet er die wirtschaftlichen Zusammenhänge und tut er ihnen Gewalt an, dann kann er die Wirtschaft nur lähmen und verwirren und die besten sozialetischen Ideale in Verruf bringen.

Oscar Müller, Zürich